

Anerkennung in den Internationalen Beziehungen

Teil 2: Praxis

Dieser Teil des Kapitels soll Schüler*innen die Möglichkeit bieten ihr im Theorieteil erworbenes Wissen auf bestehende Konflikte anzuwenden und diese durch eine neue Blickrichtung anders wahrzunehmen. Zudem soll ein das außenpolitische Modell der „feministischen Außenpolitik“ Bezug auf die Theorien der Anerkennung kritisch geprüft werden. Dazu sollen folgende Leitfragen durch das Material leiten:

M 1:

- Handelt es sich bei dem Aufstand um einen Kampf um Anerkennung?

- Von welcher Gruppe wollten die Aufständischen Anerkennung?

M 2-4:

- Welche Gruppen erhielten Anerkennung?
- Auf welche Weise erhielten sie Anerkennung?

M 5-6:

- Handelt es sich bei diesem Konflikt um einen Kampf um Anerkennung?
- Welche Gruppe(n) wollen anerkannt werden?

M 7-9:

- Ist feministische Außenpolitik ein Weg zu mehr Anerkennung?

M 1: Warschauer Aufstand

Respekt. Ein unterschätzter Faktor in den Internationalen Beziehungen Author(s): Reinhard Wolf Source: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Juni 2008, 15. Jahrg., H. 1. (Juni 2008), pp. 26.

Der Warschauer Aufstand von 1943 ist vielleicht der klarste Fall einer gewaltsamen Auseinandersetzung, die ganz bewusst beschlossen wurde, obwohl es keinerlei Erfolgsaussicht gab: »Es ging nicht darum zu siegen, sondern zu kämpfen. Siegen konnten die Juden unmöglich«. Angesichts der bevorstehenden Räumung des Ghettos gingen die meisten Kämpfer davon aus, dass sie auf jeden Fall bald von der SS getötet würden, egal ob sie Widerstand leisteten oder sich in die Vernichtungslager abtransportieren ließen. Der Kampf war aber zweifellos anstrengender und kräftezehrender für die unterernährten Juden, und er konnte jederzeit zum sofortigen Tod führen. Ganz pragmatisch gedacht war er für die meisten die allerschlechteste Option. Dass die letzten Überlebenden dennoch zur Waffe griffen, war zum einen auf ihren Wunsch nach Rache für die bereits ermordeten Angehörigen zurückzuführen. Noch wichtiger war für viele offenbar aber die Absicht, zum Schluss noch einmal die eigene Handlungsfähigkeit, Würde, Menschlichkeit und Selbstachtung zu dokumentieren. Entsprechend lautete der letzte Appell, den die

Widerstandsbewegung an die Ghattomauern anschlagen ließ: »Kämpfen und für die Ehre unseres Volkes sterben!«. Die Aufständischen wählten sogar angesichts ihrer drohenden Ermordung nicht die Flucht, sondern setzten lieber ihr Leben dafür ein, um für sich und ihre Gruppe ihre Würde als selbstbestimmte Menschen unter Beweis zu stellen.

M 2: Warschauer Kniefall

Bundeskanzler Willy-Brandt-Stiftung: <https://willy-brandt.de/neuigkeiten/50-jahre-kniefall-von-warschau/> [12.12.2024];
bpk Hanns Hubmann



M 3: Warschauer Kniefall

Kniefall von Willy Brandt in Warschau; Das Bundesarchiv;
[https://www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/online-](https://www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/online-entdecken/dokumente-zur-zeitgeschichte/kniefall-von-willy-brandt-in-warschau/)

[entdecken/dokumente-zur-zeitgeschichte/kniefall-von-willy-brandt-in-warschau/](https://www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/online-entdecken/dokumente-zur-zeitgeschichte/kniefall-von-willy-brandt-in-warschau/) [12.12.2024]

Im Dezember 1970 besuchte Bundeskanzler Willy Brandt als erster deutscher Regierungschef nach dem Zweiten Weltkrieg Polen.

Der eigentliche Anlass für die Reise war die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages (Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen) gewesen, der unter anderem die Unverletzbarkeit der bestehenden Grenzen sowie die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze der Volksrepublik Polen festschrieb. Der Vertrag wurde von Bundeskanzler Willy Brandt, dem polnischen Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz und den Außenministern beider Staaten am 7. Dezember 1970 unterzeichnet.

Zuvor besuchte der Bundeskanzler das Mahnmal zum Gedenken an den Aufstand im jüdischen Ghetto 1943. Mit seinem Kniefall vor dem Mahnmal gedachte Willy Brandt nicht nur der ermordeten Juden, sondern setzte auch ein Zeichen der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland. Das Bild ging um die Welt und gilt bis heute als Symbol der Demut gegenüber Millionen ermordeter polnischer Juden sowie als Neuanfang der Ostpolitik.

M 4 Honneth über den Warschauer Kniefall

Honneth, A. (ca. 2010). Das Ich im Wir: Studien zur Anerkennungstheorie, In Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. S. 199.

[D]er Kniefall Willy Brandts in Warschau war eine international wahrnehmbare Geste, die es der polnischen Regierung auf Jahre hin nahezu verunmöglicht hat, die in der eigenen Bevölkerung zuvor bestehenden Vorurteile und Ressentiments gegen die Bundesrepublik Deutschland noch einmal wachzurufen [.]

M 5: Nahost-Konflikt

Respekt. Ein unterschätzter Faktor in den Internationalen Beziehungen Author(s): Reinhard Wolf Source: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Juni 2008, 15. Jahrg., H. 1. (Juni 2008), pp. 26-27.

Das Streben nach Respekt kann in ähnlicher Weise zur Erklärung langwieriger Auseinandersetzungen herangezogen werden, in denen die unterlegene Seite bei rein materiellen Kosten-Nutzen-Kalkulationen eigentlich längst hätte nachgeben müssen. Beispielhaft hierfür ist der Nah-Ost-Konflikt.

Spätestens mit dem Oktober- Krieg von 1973 musste der arabischen Seite klar sein, dass Israels militärische Überlegenheit auf absehbare Zeit nicht zu brechen sein würde. Auch an der Entschlossenheit Israels, zur Sicherung seines Kernterritoriums alle Mittel bis hin zu Nuklearwaffen einzusetzen, konnte wenig Zweifel bestehen. Gleichwohl haben die verschiedenen palästinensischen Gruppen, von zeitweiligen Unterbrechungen abgesehen, am bewaffneten Kampf festgehalten. Ein Kompromissfrieden, der naturgemäß eher zu Lasten der Palästinenser gegangen wäre, scheiterte u. a. an der religiös überhöhten Bedeutung Jerusalems, insbesondere seines Tempelbergs, aber auch an der Zersplitterung beider Gesellschaften, welche die

interne Durchsetzung eines unbefriedigenden Kompromisses stark erschwerte. Gegenüber dem mächtigen Israel nachzugeben und das zu akzeptieren, was es zuzugestehen bereit war, war jedoch auch deshalb wenig attraktiv, weil es mit der palästinensischen Vorstellung von Würde schlecht zu vereinbaren war. Dies verschaffte wiederum den radikalen Gruppierungen Zulauf, die das Existenzrecht Israels grundsätzlich in Frage stellen. Der Oslo-Prozess mag in pragmatischer Hinsicht die beste Chance auf Selbstbestimmung eröffnet haben, welche sich den Palästinensern seit dem Krieg von 1967 darbot. Seine vorgesehene Verfahrensweise degradierte sie aber einmal mehr zu bloßen Objekten der israelischen Politik. Der Alltag in den besetzten Gebieten war zuvor schon mit vielen Maßnahmen verbunden gewesen, die von der Masse der Palästinenser als demütigend empfunden wurden. Dies galt für die zahlreichen Ausgangssperren und die langwierigen israelischen Kontrollen an den vielen check points. Es galt für die völlig unausgewogene Aufteilung der knappen Wasserbestände und natürlich erst recht für die völkerrechtlich sehr fragwürdige Fortsetzung des Siedlungsbaus. Aus Sicht der Palästinenser zeigten diese und andere Vorgehensweisen, dass die Israelis sie in ihrem eigenen Land als Menschen zweiter Klasse, als Objekte behandelten. Der Oslo-Prozess eröffnete zwar eine Perspektive auf Verbesserungen bis hin zu einem eigenen Staat. In der praktischen

Umsetzung blieb indes die israelische Seite einmal mehr Herr des Verfahrens. Aus nachvollziehbaren Gründen bestand sie auf einem schrittweisen Vorgehen, bei dem israelische Teilabzüge nur erfolgen sollten, wenn die palästinensische Seite durch vorangehendes Wohlverhalten ihre Vertrauenswürdigkeit unter Beweis gestellt hatte. Dadurch wurden junge Palästinenser, die während der Intifada den israelischen Truppen noch Aufsehen erregende Straßenschlachten geliefert hatten, erneut zur passiven Erduldung israelischer Sicherheitspolitik verdammt. Insofern kann es nicht überraschen, wenn viele militante Aktivisten den Ausbruch der zweiten Intifada als Rückkehr zu einem Zustand begrüßten, in dem man wieder selbstbestimmt, Auge in Auge mit den Besatzern für seine nationalen Rechte kämpfen konnte. Dieser Kampf eröffnete vielleicht keine besseren Aussichten auf einen palästinensischen Staat mit einer Hauptstadt Jerusalem. Er erschien in der gegebenen Situation, zumal nach Sharons provozierendem Besuch des Tempelbergs, aber Vielen als probates Mittel, um den Respekt der Israelis und die eigene Selbstachtung wiederherzustellen.

M 6: Nahost-Konflikt

Honneth, A. (ca. 2010). Das Ich im Wir: Studien zur Anerkennungstheorie, In Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. S. 200.

[D]ie mangelnde Anteilnahme der international tonangebenden Staaten an der erniedrigenden Existenzsituation der Bevölkerung in Palästina, ja, das Ausbleiben jeder erforderlichen Solidaritätsbekundung bewirken bis auf den heutigen Tag, daß die in den dortigen Führungseliten tradierten Phantasien eines gegen Israel gerichteten Rachefeldzuges auch in den unteren, verarmten Schichten des Landes immer wieder auf kollektive Folgebereitschaft stoßen.

M 7+ 8 Feministische Außenpolitik zusammengefasst

Was bedeutet "feministische Außenpolitik"? | DW Nachrichten; DW
Deutsch auf YouTube (05:42)

<https://youtu.be/Wu83gdX9di4>



DAS ist Baerbocks feministische Außenpolitik; DIE DA OBEN! Auf
YouTube (11:48)

<https://youtu.be/roPgGyHJxQQ>



M 9 Feministische Außenpolitik

Feministische Außenpolitik gestalten - Leitlinien des Auswärtigen
Amts

[https://www.auswaertiges-
amt.de/resource/blob/2585008/d444590d5a7741acc6e37a142959170e
/11-ffp-data.pdf](https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2585008/d444590d5a7741acc6e37a142959170e/11-ffp-data.pdf)

[S. 9]

Feministische Außenpolitik gründet auf der Überzeugung, dass alle Menschen die gleichen Rechte genießen und die gleichen Freiheiten und Möglichkeiten verdienen. Das ist eine fundamentale Frage der Gerechtigkeit. Feministische Außenpolitik fußt auch auf der Erkenntnis, dass Gesellschaften friedlicher und wohlhabender sind, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können.

Feministische Außenpolitik zielt auf die Gleichstellung der Geschlechter weltweit. Sie will diese messbar voranbringen. Sie will gewährleisten, dass alle Menschen in allen Lebensbereichen in gleicher Weise repräsentiert sind. Sie will sicherstellen, dass alle den gleichen Zugang zu Ressourcen haben.

Es geht ihr darum, historisch gewachsene Machtstrukturen zu benennen, zu überwinden und so eine gerechte Teilhabe und

Gleichstellung aller Menschen weltweit zu befördern. Dabei verfolgt sie einen transformativen und intersektionalen Ansatz. So setzen wir außenpolitisch fort, was wir in der Innenpolitik Gender-Mainstreaming nennen.

[S. 11]

Wir setzen uns dafür ein, dass die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit geachtet und gefördert werden. In vielen Staaten ist der Rechtsrahmen lückenhaft, obwohl sich inzwischen 189 Staaten mit der Ratifizierung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) verpflichtet haben, rechtliche und faktische Gleichstellung zu fördern. 86 Staaten hindern Frauen zum Beispiel durch Gesetze daran, bestimmte Berufe auszuüben. 46 Staaten haben keine Gesetze, die Frauen vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz schützen. 42 Staaten sehen keinen gesetzlichen Kündigungsschutz für Schwangere vor. Laut einer Studie von UN Women leben 600 Millionen Frauen in Staaten, die häusliche Gewalt nicht unter Strafe stellen. Auch in Deutschland besteht noch Handlungsbedarf, etwa was die Absicherung des Rechts auf Schutz vor Gewalt von Frauen und vulnerablen Gruppen angeht.